

GORAN TOMASEVIC / REUTERS

Syrisches Kampfflugzeug

SYRIEN

## Landeplatz in Iran



Nach den Erkenntnissen deutscher Geheimdienste zählen die Machthaber in Iran zu den letzten großen Unterstützern des syrischen Herrschers Baschar al-Assad. In einem als „geheim“ eingestufteten Bericht verweist das Bundesamt für Verfassungsschutz auf die enge militärische Kooperation zwischen Teheran und Damaskus. Nicht nur die von Iran finanzierten Hisbollah-Milizen kämpfen in Syrien an der Seite des Regimes gegen die Aufständischen. Iran hat auch eigene Einheiten entsandt, darunter Soldaten der Elitetruppe „Revolutionswächter“, die direkt in den Bürgerkrieg eingreifen. Laut einer „Quellenmeldung“ gebe es zudem seit November 2012 ein Militärabkommen zwischen Syrien und Iran, das es Assad erlaube, „große Teile seiner Luftwaffe auf sicherem iranischem Territorium zu stationieren und bei Be-

darf darauf zurückzugreifen“. Seit vergangener Woche ist ein internationales Expertenteam in Damaskus, das die Vernichtung von rund tausend Tonnen Chemiewaffen bis Mitte 2014 vorbereiten soll. Den Grundstock bildeten laut einer Deklaration des Assad-Regimes mehrere hundert Tonnen Sarin, dazu komme Senfgas sowie eine deutlich kleinere Tranche des Nervengases VX. Doch während die vom Regime eingeräumten Mengen nach Einschätzung westlicher Geheimdienste weitgehend zutreffen, gibt es in dem Dokument keinen Hinweis auf einen Bestand an Rizin, einem hochgiftigen Protein, das ebenfalls unter das Chemiewaffenverbot fällt – und das die Syrer nach Einschätzung von Experten in waffenfähigem Zustand vorrätig haben sollen. Allerdings können die Syrer den Bestand noch nachmelden.



Lucke

STEFFLOS / DER SPIEGEL

AFD

## Ostverbände wollen Populisten aufnehmen

Die Anti-Euro-Partei Alternative für Deutschland (AfD) streitet über den Umgang mit Überläufern aus der Kleinpartei „Die Freiheit“. Nachdem

die Rechtspopulisten ihre Klientel dazu aufgerufen hatten, massenhaft der AfD beizutreten, verkündete AfD-Bundessprecher Bernd Lucke vergangene Woche einen „Aufnahmestopp“. Doch viele ostdeutsche Landesverbände, in deren Reihen bereits Ex-Freiheit-Mitglieder aktiv sind, wollen sich nicht an Luckes Vorgabe halten. „Wir werden ehemalige Mitglieder der Freiheit nicht generell als rechtspopulistisch abqualifizieren“, sagt Frauke Petry, Sprecherin der AfD Sachsen und Mitglied im Bundesvorstand. „Ein pauschaler Aufnahmestopp kann nicht ohne parteiinterne Diskussion verhängt werden.“ Luckes Beschluss sei im Bundesvorstand nicht abgesprochen gewesen, er habe, so Petry, auch nicht die Befugnis, unteren Parteigliederungen Vorgaben zu machen. Brandenburgs AfD-Vorstand Alexander Gauland zeigt sich ebenfalls „nicht glücklich über die etwas überspitzte Mitteilung Luckes“. Sein Verband werde die Aufnahmeanträge von Freiheit-Überläufern weiter prüfen. Dies kündigt auch der thüringische AfD-Sprecher Matthias Wohlfarth an: Das Programm der Freiheit stimme „in vielen Punkten mit dem der AfD überein“. Speziell beim Thema Islamkritik dürfe es „keine Denkverbote“ geben.